

# **Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich des Dreikönigsempfangs des Katholikenausschusses am 7. Januar 2013, 19:30 Uhr, Senatshotel, Unter Goldschmied 9-17**

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Stadtdechant Monsignore Kleine,  
sehr geehrte Frau Bartscherer,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein und wünsche Ihnen für das neue Jahr viel Glück, Zufriedenheit und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren,

„ein gerechtes Maß ökonomischer und sozialer Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist Grundvoraussetzung für sozialen Frieden und eine lebendige Demokratie.“

Dies ist ein Zitat aus dem Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, über den Ende September letzten Jahres in den Medien berichtet wurde.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Daten zwar bundesweit eine positive Entwicklung der Lebenslagen belegen, insbesondere im Bereich des Abbaus von Arbeitslosigkeit. Allerdings schlägt sich diese positive Arbeitsmarktentwicklung nicht nieder bei der Armutsrisikoquote, der Niedriglohnquote und dem Vermögensaufbau der Menschen in Deutschland. Hier bestehen weiterhin deutliche Ungleichheiten in den Lebenslagen.

Besonders besorgniserregend ist, dass die Einkommensspreizung zugenommen hat. Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich in Deutschland positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Dies führt dazu, dass immer mehr Menschen Vollzeit arbeiten, diese Beschäftigung aber nicht mehr ausreichend ist, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Sozialbericht NRW 2012 stellt hierzu fest, dass 16,5 Prozent der

erwerbstätigen SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher als sogenannte „Aufstocker“ eine sozialversicherungspflichtige Vollzeittätigkeit ausüben.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn die wachsende ökonomische und soziale Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität in der Gesellschaft erheblich.

Meine Damen und Herren,

Sie erleben in Ihren Tätigkeitsbereichen, wie sich die soziale Lage in Köln verändert, und Sie alle arbeiten daran, dass die soziale Balance erhalten bleibt. Dafür bin ich Ihnen dankbar.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, wie wichtig mir die soziale Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände und der Kirchen ist. Seit Jahrzehnten setzen Sie sich für benachteiligte Menschen ein und verstehen sich als Anwalt der Notleidenden. Ihre Aufgaben sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges stetig gewachsen. Anfänglich wurden Ihre Maßnahmen noch ausschließlich über Beiträge von Mitgliedern, Spenden oder kirchlichen Mitteln finanziert, doch mit der Ausweitung der Aufgaben konnten nicht mehr genügend finanzielle Ressourcen generiert werden. Zunächst bezuschusste der Staat Angebote der Freien Wohlfahrtspflege, später wurden sie bei Kostenerstattung beauftragt.

An einigen konkreten Beispielen möchte ich den Beitrag verdeutlichen, den Sie dazu leisten, dass Köln „eine Stadt für alle“ ist und bleibt:

Mit Ihrer Fachlichkeit und Kompetenz unterstützen Sie die Arbeit in den Beiräten und Stadt-Arbeitsgemeinschaften, wie zum Beispiel in der Stadt-AG Behindertenpolitik. Sie haben Konzepte mitentwickelt, wie etwa das Sozialraumkonzept oder das Konzept zur Freiwilligenarbeit. Ihre Einschätzungen und Ihr partnerschaftlicher Rat sind aus den Aufgabenkreisen von Jugend, Gesundheit und Soziales nicht wegzudenken.

Auch bei der praktischen Umsetzung sozialer Aktivitäten sind Ihr Einfluss und Ihre Tatkraft nicht wegzudenken. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang beispielsweise Ihre große Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen des

Bildungs- und Teilhabepakets vor Ort insbesondere auch in den Kindertagesstätten. Durch Ihr Engagement sorgen und sorgen Sie dafür, dass Eltern bei der Antragstellung die nötige Hilfestellung erhalten.

Ihr Einsatz ist geprägt von partnerschaftlichem Zusammenwirken und gemeinsamem Wirken auf Augenhöhe. Dabei steht der hilfebedürftige Mensch immer im Fokus. Ich möchte daher hier die Gelegenheit nutzen, Ihnen ausdrücklich für diesen Beitrag zu einer menschlichen Stadtgesellschaft zu danken.

Meine Damen und Herren,

in Köln haben wir uns immer zur Sonderstellung der sozialen Arbeit der Kirchen und der Freien Wohlfahrtspflege bekannt. Die sogenannten „Globalmittel“ wurden aus diesem Grunde in der Vergangenheit zwar immer wieder aufgabenkritisch diskutiert jedoch nicht angetastet. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Situation der Stadt Köln inzwischen so zugespitzt, dass auch hier ein Sparbeitrag erwartet wird.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, Ihnen noch einmal die Hintergründe für diesen Vorschlag zu erläutern:

Die Haushaltslage der Stadt Köln kann nur als dramatisch bezeichnet werden!

Neben erheblich sinkenden Gewerbesteuereinnahmen sind es die aus verschiedenen Gründen erheblich steigenden Sozialausgaben, welche die Kommunen immer stärker belasten; hierzu zählen beispielsweise die Unterkunftskosten für Bezieher von SGB II-Leistungen, die Hilfe zur Pflege und die Ausgaben für die Jugendhilfe. Spielraum für Kürzungen besteht hier nicht, da es sich um gesetzlich verankerte individuelle Ansprüche handelt.

Bei den meisten dieser Aufgaben steigen die Kosten von Jahr zu Jahr auch bei unveränderten Fallzahlen. Die Orientierungsdaten des Landes gehen von einer jährlichen Zunahme von 2 Prozent aus. In einigen Aufgabenbereichen wirkt sich zusätzlich die demografische Entwicklung kostensteigernd aus.

Hinzu kommt, dass kaum eine Möglichkeit besteht, diesem Anstieg entgegenzusteuern.

m Gegenteil: Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen höchster Gerichte führen in Köln schnell zu zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe. Als Beispiele seien genannt die Entscheidung des Bundessozialgerichts zur Angemessenheit der Wohnungsgröße bei SGB II- und SGB XII-Empfängern und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Anhebung der Regelsätze.

Sorge macht mir insbesondere die wachsende Zahl von Flüchtlingen; ihre angemessene und bedarfsgerechte Unterbringung stellt uns vor große finanzielle, logistische und nicht zuletzt menschliche Herausforderungen. Diese Aufgabe kann nur in enger Zusammenarbeit mit vielen Kooperationspartnern bewältigt werden. Ich möchte an dieser Stelle all denen herzlich danken, die uns bei hierbei unterstützt haben.

Bekanntlich hat sich die Unterbringungssituation von Flüchtlingen infolge der bundesweit gestiegenen Zugangszahlen bundesweit wieder verschlechtert. Da mit weiteren Steigungen zu rechnen ist, werden in Köln akut zwischen 350 und 400 Plätze in fünf bis sechs zusätzlichen Flüchtlingswohnheimen benötigt; darüber hinaus bedürfen wir dringend ausreichender Reserven zur Sicherung der gesetzlichen Aufnahme- und Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge.

Die Verwaltung stellt sich dieser großen Herausforderung und ist bemüht, tragfähige und humane Lösungen zu entwickeln. Hierbei wird sie durch das Gremium „Runder Tisch für Flüchtlingsfragen“ maßgeblich unterstützt. Insbesondere das von diesem Beratungsgremium entwickelte Konzept „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ führte dazu, dass seit dem Ratsbeschluss vom 20. Juli 2004 bereits über 3.000 Flüchtlinge in reguläre Wohnungen vermittelt werden konnten.

Meine Damen und Herren,  
das Thema Wohnen liegt mir aber auch aus anderen Gründen am Herzen. Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen die Chance haben, angemessen und menschenwürdig zu wohnen. Wir sind durch Bildung eines stadtnahen Erwerberkonsortiums bemüht, der drohenden Versteigerung der „Bergstedt-Wohnungen“ in Köln-Chorweiler an einen international agierenden Finanzinvestor

(einer sogenannten „Heuschrecke“) entgegenzuwirken. Sollte dennoch der Fall eintreten, dass ein ausschließlich auf Rendite orientierter Investor die rund 1.200 Hochhauswohnungen erwirbt, will die Stadt Köln durch eine interdisziplinäre Taskforce dafür Sorge tragen, dass vor Ort alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Aufsichtsinstrumente angewendet werden, um die Wohnsituation der Mieterinnen und Mieter zu verbessern.

Die angespannte Wohnraumsituation in Köln ist einer der entscheidenden Gründe, wieder in ein Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm einzusteigen; denn mehr als 45 Prozent der Kölner Haushalte haben einen Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum. Nur 14 Prozent dieser Haushalte bewohnen eine geförderte oder vergleichbar preiswerte Wohnung. Die unverhältnismäßige Mietbelastung führt zu einer erheblichen wirtschaftlichen Schwächung eines großen Teils der Kölner Bevölkerung. Dieses Geld fehlt den Menschen, es fehlt im hiesigen Wirtschaftsraum und nicht zuletzt fehlt es bei der Gewerbesteuer – und damit sind wir wieder beim Haushalt der Stadt Köln.

Beiträge zur Haushaltskonsolidierung können nur bei den Aufgaben geleistet werden, bei denen tatsächlich Gestaltungsspielräume bestehen. Dies trifft beispielsweise im Bereich Soziales nur auf einen Anteil von 3 Prozent (!) des dortigen Gesamtbudgets zu; dieser umfasst die sog. „freiwilligen Leistungen“. Hier besteht zwar kein individueller, einklagbarer Rechtsanspruch; zum Teil finden sich aber auch hier gesetzliche Aufträge, wie zum Beispiel die Schaffung von Beratungsangeboten im Rahmen der Altenhilfe nach dem 10. Kapitel des SGB XII. Das heißt, hier ist eine komplette Einstellung rechtlich unmöglich.

Wohl wissend um diese Umstände habe ich mich dennoch dazu entschieden, der Politik Einschnitte im Sozialetat vorzuschlagen – geleitet vom Wunsch, die direkten Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Dennoch wird auch dieser Bereich nicht umhin kommen, einen wesentlichen Sparbeitrag zum Beispiel durch Straffung der Angebote zu leisten.

Meine Damen und Herren,  
angesichts der eingangs beschriebenen sozialen Lage fehlt jeder eingesparte Euro schmerzhaft. Der Wille, unter allen Umständen den Nothaushalt zu vermeiden und

die Entscheidungshoheit für die Stadt zu bewahren, hat mich und die Kolleginnen und Kollegen des Stadtvorstandes dennoch zu diesen Vorschlägen bewogen.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und möchte mich noch einmal ausdrücklich bei Ihnen für Ihr Engagement bedanken. Ich freue mich auf eine auch in Zukunft erfolgreiche Zusammenarbeit.